

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/56

Bonn, den 23. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Neuer Föderalismus - Ordnungsprinzip der Zukunft</u>	63

Von Waldemar von Knoeringen,
Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

2	<u>Eine gute Nachricht</u>	19
---	----------------------------	----

Europäisches Aktionskomitee am 8. Mai in Berlin

3	<u>Warnung vor einem neuen außenpolitischen Debakel</u>	44
---	---	----

Schweden vorärgert über unwahre CDU-Publikationen

4	<u>Seltsamer Gleichklang</u>	17
---	------------------------------	----

MdB Majonica und NEUES DEUTSCHLAND einig gegen Erler

4	<u>Verdoppelung der Erbevölkerung im Jahre 2000</u>	26
---	---	----

Aber keine "gelbe Gefahr"

5	<u>Österreichs Bundeskanzler in Belgrad</u>	42
---	---	----

Zu dem bevorstehenden Besuch von Dr. Klaus in Jugoslawien

Von Dr. Harry Schleicher

6	<u>Chile auf dem Wege zum sozialen Reformstaat ?</u>	46
---	--	----

Die konservativen Kräfte haben abgewirtschaftet

Von Paul Haupt

Neuer Föderalismus - Ordnungsprinzip der Zukunft

Von Waldemar von Knoeringen,
Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft

Zum ersten Mal tagte das Präsidium der SPD in Verbindung mit dem bayerischen Landesvorstand der SPD am vergangenen Wochenende in München. Das hat einen ganz bestimmten Grund: Die Deutsche Sozialdemokratie wollte in Bayern ihre Haltung zu jenen Fragen bekunden, die dieses Land besonders berühren und deren Lösung nur in engster Zusammenarbeit zwischen Bund und Land möglich ist.

Vorangestellt wurde ein Bekenntnis zum Föderalismus. Nicht aus der Ferne, sondern inmitten der bayerischen Millionenstadt München sollte gesagt werden, was die SPD unter "Föderalismus heute und in der Zukunft" versteht und verstanden wissen will.

Die im Münchner Rathaus abgegebene Erklärung war folglich kein Aufguß alter und altbekannter Grundsätze eines konservativen Föderalismus, sondern eine Bekanntgabe des sozialdemokratischen Willens, einem neuen Föderalismus zum Durchbruch zu verhelfen und ihn zur Grundlage der künftigen Ordnungen im großen wie im kleinen zu erheben. Denn weit über die selbstverständliche Konzession an die gewachsenen Eigenständigkeiten der Kulturen und Landschaften hinaus sieht die Sozialdemokratie im Föderalismus eine wesentliche Voraussetzung jeder gerechten und wirklichen demokratischen Politik. Das bezieht sich auf Bayern wie auf Europa, auf Deutschland wie auf eine befriedete Welt.

Es heißt in der Münchner Erklärung:

- * "Die Verschiedenartigkeit von Gemeinschaften und Interessen, von
- * Weltanschauungen und Bekenntnissen, von Sprache, Kulturformen
- * und Lebensweisen wird sich nur in einem Staatswesen frei zu ent-
- * wickeln vermögen, das die Vielfalt in der Gemeinschaft erlaubt.
- * Je mehr die politischen Staatsgrenzen ihre isolierende Funktion
- * verlieren, um so mehr werden Kulturräume in Erscheinung treten.
- * Nur das gesunde föderative Prinzip kann die Grundlage einer Ord-
- * nung sein, auf die sich der Frieden unter den Völkern gründet."

Eine "neue Konzeption des Föderalismus", von der die Eigenverantwortung in den überschaubaren Räumen und Regionen voll anerkannt und gleichzeitig der Dienst am Ganzen verlangt wird, ist nach sozialdemokratischer Auffassung das Kriterium unserer Freiheit von morgen. Sie ist die Waffe gegen Normung, Öde, Gleichmacherei und kommandierten Konformismus.

Im deutschen Bereich geht es der SPD unmittelbar vor allem darum, daß Bund, Länder und Gemeinden auf neu verstandener föderativer Basis zur Bewältigung der großen Gemeinschaftsaufgaben gelangen, daß ihre Einzelleistungen freiwillig zur gemeinsamen Tat werden und nicht nach dem Motto, daß der jeweils größere bestimmt, "von oben" verordnet werden müssen.

Die Deutsche Sozialdemokratie ist entschlossen, den Föderalismus mit diesen neuen Denken zu erfüllen. Es wurde in München bekundet, daß

es sich dabei um einen festen Bestandteil des sozialdemokratischen Regierungsprogramms handelt. Sozialdemokraten im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden wollen in brüderlicher Zusammenarbeit das föderative Prinzip zum Grundelement einer zeitgerechten demokratischen Staatsform entwickeln und entsprechend anwenden.

Die Proklamierung dieser Absicht war das wichtigste Ergebnis der Präsidiumstagung in Bayerns Hauptstadt München. Für Bayern bedeutet sie in Anbetracht der speziellen Aufgaben in diesem traditionsreichen Land eine große Hoffnung.

Die Geschlossenheit sozialdemokratischer Politik in Bonn und München, die feste Integration der bayerischen Sozialdemokraten in der großen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, versprechen schnellere und bessere Resultate bei der Entwicklung des Landes, als sie die auf Bayern beschränkte und mit der "Bruderpartei", der CSU, ständig zankende CSU bisher vorweisen konnte.

Die große Tragweite der Konzeption vom neuen Föderalismus wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erweisen. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihre ganze Kraft mobilisieren, um sie umfassend durchzusetzen. In München wurde der Anfang gemacht.

* * *

Eine gute Nachricht

Europäisches Aktionskomitee am 8. Mai in Berlin

sp - Am 8. Mai 1965 - dem 20. Jahrestag der Kapitulation des Hitlerreiches - wird das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa (Monnet-Komitee) seine diesjährige Hauptsitzung in Berlin abhalten. Dieser Tag und der Ort wurden vom Monnet-Komitee gewählt, um in der alten deutschen Hauptstadt der Welt und dem deutschen Volk deutlich zu machen, daß Europa lebt, und daß die Idee der europäischen Einigung trotz aller Hemmnisse immer stärker das Leben der Völker Europas beeinflußt.

Das ist eine gute Nachricht. Sie zeigt die Verbundenheit der freien Völker Europas mit dem deutschen Volk und mit Berlin, jener Stadt im Herzen des alten europäischen Kontinents, die schon seit langem zum Symbol der Freiheit geworden ist.

Der 8. Mai dieses Jahres wird der Tag der Erinnerung an schreckliches Geschehen sein. Er soll aber auch zu einem Tage werden, an dem die nachwachsende Generation neue Kraft für ein besseres und nicht mehr an den Folgen des Zweiten Weltkrieges leidenden Europa schöpfen kann. Daß das Monnet-Komitee gerade diesen Tag für seine Sitzung in Berlin gewählt hat, sollte jeder Deutsche mit Dank und Freude zur Kenntnis nehmen.

* * *

Warnung vor einem neuen außenpolitischen Debakel

Schweden verärgert über unwahre CDU-Publikationen

sp - In den skandinavischen Staaten, besonders aber in Schweden, bahnt sich seit einiger Zeit eine gewisse Verärgerung über das Verhalten offizieller CDU-Propagandaorgane in der Bundesrepublik an. In zunehmendem Maße werden in großen schwedischen Zeitungen Ausfälle gegen das seit nunmehr fast drei Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Schweden registriert.

Als Musterbeispiel gelten hierbei die der CDU nahestehenden "Gesellschaftspolitischen Kommentare", in denen Schweden als eine Art Vorhof zur Hölle dargestellt wird. Der "Kronzeuge" des angeblichen moralischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verfalls Schwedens ist ein gewisser Sven Stolpe, auf dessen pseudoliterarische Ergüsse in bundesdeutschen Presseorganen die große schwedische Zeitung STOCKHOLMS-TIDNINGEN hinweist. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die ebenfalls von der CDU gesteuerte "Politisch-Soziale Korrespondenz" eine ganze Artikelserie über Länder ankündigt, die entweder sozialdemokratisch regiert worden oder unter sozialdemokratischem Einfluß stehen.

Schon die bisherigen Veröffentlichungen in den der CDU nahestehenden bundesrepublikanischen Zeitungen lassen ahnen, daß auch die angekündigte Artikelserie den "Beweis" erbringen soll, daß in sozialdemokratisch regierten Ländern angeblich das Christentum in Gefahr ist, die Jugend völlig verrottet und der Verfall der Staatsordnung nicht mehr aufzuhalten sein dürfte.

- * Die Schweden haben Humor. Bis jetzt lassen sie derartige Anremp-
- * lungen mit Ruhe über sich ergehen; sie machen zunächst noch Witze
- * darüber. Aber schon wird in schwedischen Publikationen die Frage
- * gestellt, ob sich ein Land, das während und nach dem zweiten Welt-
- * krieg zu den hochherzigsten Helfern und Freunden des deutschen
- * Volkes gehörte, auf die Dauer derartige Beleidigungen gefallen
- * lassen muss.

Mit Nachdruck wird auch daran erinnert, daß die unqualifizierten Angriffe in bundesrepublikanischen Presseorganen gelenkt sind und in der offiziellen Propaganda der führenden deutschen Regierungspartei, der CDU, gegen die deutsche Sozialdemokratie ihren Widerhall finden.

Wenn Bundeskanzler Erhard und seine Freunde Krone und Dufhues - so wird argumentiert - nicht in der Lage sind, ihre Parteijournalisten auf den Pfad der Wahrheit zurückzuführen, müsste die Bundesregierung damit rechnen, daß das Ansehen der jungen deutschen Demokratie in den skandinavischen Staaten erhebliche Einbußen erleidet.

- * Wir hoffen, daß man sich im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen
- * Amt darüber Gedanken macht, wie ein neues außenpolitisches Debakel
- * für die Bundesrepublik vermieden werden kann.

Die Bundesrepublik braucht U b e r a l l Freunde; nicht nur dort, wo zufällig einmal die parteipolitisch Gleichgesinnten der CDU regieren!

Seltsamer Gleichklang

MdB Majonica und NEUES DEUTSCHLAND einig gegen Erler

sp - Nicht zum ersten Mal kann man einen seltsamen Gleichklang bei Angriffen von Pankow und der CDU in Bonn auf sozialdemokratische Meinungsäußerungen feststellen. MdB Majonica, Vorsitzender des aussenpolitischen Arbeitskreises der CDU, ist auf den SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler böse, weil dieser die sehr sehr langfristigen Pläne des französischen Staatspräsidenten de Gaulle zur Wiedervereinigung Deutschlands einer Analyse unterzieht und dabei zu einem recht negativen Ergebnis gelangt. Im DUD vom 18. März meint Herr Majonica, Erler störe mit seiner Kritik an dem französischen Staatspräsidenten die beginnenden Verhandlungen über eine neue Deutschlandinitiative im Botschafter-Lenkungsausschuss. - In NEUES DEUTSCHLAND vom 19. März wird Fritz Erler wegen der gleichen Kritik an de Gaulle ebenfalls heftig aufs Korn genommen. Das SED-Zentralorgan stellt sich vorbehaltlos auf die Seite de Gaulles und beschimpft den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden als "SPD-Ultra". - Wenn zwei an sich so unterschiedliche Gegner der SPD wegen der gleichen Sache den gleichen Angriff führen, kann man tatsächlich nur von einem seltsamen Gleichklang sprechen.

+ + +

Verdoppelung der Erdbevölkerung im Jahre 2000

Aber keine "gelbe Gefahr"

Mit der Sage von der "gelben Gefahr" räumt eine demographische Studie des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (Ecosoc) auf. Im Jahre 1960 stellte Ostasien 27 Prozent der Weltbevölkerung, im Jahre 2000 wird der Prozentsatz unter 22 fallen. Im gleichen Zeitraum wird der Anteil Europas von 14 auf 9 Prozent und derjenige Nordamerikas wie der Sowjetunion von 7 auf 6 Prozent hinuntergehen. Dagegen wird Süd-asien um die Jahrhundertwende 34 Prozent (1960 29 Prozent) der Erdbevölkerung stellen; Afrika 13 Prozent (9) und Lateinamerika 10 Prozent (7). Die gesamte Menschheit wird sich in diesen vierzig Jahren verdoppeln - von etwa 3 Milliarden im Jahre 1960 auf 6 Milliarden. - Die Bevölkerungskommission des Ecosoc tritt am 23. März in New York zu ihrer 13. Sitzung zusammen, um sich mit den durch die demographische Explosion entstehenden Problemen auseinanderzusetzen. Eine grosse "Weltbevölkerungskonferenz" soll vom 30. August bis 10. September in Belgrad stattfinden. Das Hauptaugenmerk der beiden Treffen wird dem Umstand gelten, dass gerade die Länder mit dem stärksten Bevölkerungszuwachs den geringsten wirtschaftlichen Aufschwung aufweisen können. Steht man hier vor einem für unser Jahrhundert unlösbaren Problem? - Die Vereinten Nationen wollen sich nur nicht mehr mit einem Aufzeigen der Gefahr durch Statistiken und Bevölkerungsstudien begnügen, sondern mit Hilfe von Wirtschaftsfachleuten, Soziologen, Psychologen und anderen Spezialisten ein umfassendes Aktionsprogramm einleiten. Auf der Sitzung in New York soll ein Plan über die Wichtigkeit der verschiedenen Arbeiten für 1965/66 aufgestellt werden. Zur Debatte steht ebenfalls die Ausarbeitung eines 15-Jahre-Programms, das mit den nationalen Programmen der verschiedenen Regierungen harmonieren soll.

+ + +

Österreichs Bundeskanzler in Belgrad

Zu dem bevorstehenden Besuch von Dr. Klaus in Jugoslawien

Von Dr. Harry Schleicher

Wenn heute der die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler der Republik Österreich, Dr. Klaus, zu seinem viertätigen offiziellen Besuch in der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad eintrifft, wird dies einen fast mehr sentimentalen denn politischen Einschnitt in den Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern bedeuten. Erst im vorigen Jahr hatte man in der bosnischen Stadt Sarajewo des Ereignisses gedacht, das vor fünfzig Jahren Europa in den ersten Weltkrieg "hineinschlittern" ließ, was so nachhaltig das politische Angesicht dieses alten Kontinents veränderte: Die Ermordung des österreichischen Kronprinzen Franz Ferdinand. Auf den Trümmern der Habsburger Monarchie entstand das neue Staatsgebilde Jugoslawien. Immerhin mußte ein halbes Jahrhundert vorgehen, bevor der Besuch eines österreichischen Bundeskanzlers in der Stadt ermöglicht werden konnte, in die einst die kaiserlich-königlichen Heere, im Gegensatz zu dem Prinzen Eugen von Savoyen, alles andere als begeistert begrüßt, einmarschiert waren.

Diese etwas sentimentale Betrachtungsweise drängt sich um so stärker auf, als die sachliche Problematik des Besuches nicht von erstrengeiger Bedeutung für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Die Zeit der bösnachbarlichen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad ist seit geraumer Zeit vorbei. Spätestens vor fünf Jahren verstummten die jugoslawischen Wehklagen über die "ungerechte Behandlung" der slowenischen Minderheit in Kärnten, womit eines der delikatesten Kapitel in den gegenseitigen Beziehungen endgültig ad acta gelegt war.

Somit dürften sich die jugoslawisch-österreichischen Gespräche in erster Linie einmal mehr in dem zwar schönen, gleichzeitig jedoch auch vagen Rahmen der aktiven österreichischen Ostpolitik bzw. aktiven Koexistenzpolitik seitens Belgrads bewegen. Der Wiener Bundeskanzler wird ein Grenzabkommen und ein Abkommen über die jugoslawischen Arbeitskräfte in Österreich unterzeichnen. Von zweifellos größerer symbolischer Bedeutung wird jedoch sein Vortrag an der Belgrader Universität sein, der, in serbo-kroatischer Sprache gehalten (!), gleichzeitig dem vielstrapazierten Thema Ost-West-Beziehungen gewidmet sein wird.

Hierzu können Wien und Belgrad zwar einige vorbildlich gutnachbarliche Gesten machen, aber kaum für die Entspannung im Gesamtrahmen entscheidende Taten beitragen. Trotzdem bedeutet dieser erste Staatsbesuch eines österreichischen Bundeskanzlers in der jugoslawischen Hauptstadt und ebenso wie darauf zu erwartende Reise des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito nach Wien einen so tiefen Einschnitt in der Geschichte der beiden Völker, daß selbst der politisch nicht allzu inhaltsschwere Akt zu einem beachtenswerten Politikum wird.

Chile auf dem Wege zum sozialen Reformstaat?

Die konservativen Kräfte haben abgewirtschaftet

Von Paul Haupt

Das Ergebnis der Anfang März dieses Jahres in Chile stattgefundenen Parlamentswahlen, bei denen die christlichsoziale Partei des Präsidenten Dr. Frei mit 83 von 147 Sitzen die absolute Mehrheit errang, dürfte weit über die Grenzen des Landes hinaus seine Auswirkungen haben. In den vergangenen Jahrzehnten wurde Chile von klerikal-konservativen Kräften regiert. Grosser Reichtum in den Händen einiger Weniger und zum Teil unvorstellbare Armut der grossen Masse waren das Kennzeichen klerikal-konservativer Herrschaft. Dr. Frei, der schweizerischer Abstammung ist, hat es mit Hilfe des niederen Klerus der katholischen Kirche verstanden, die grosse Mehrheit des Volkes von der Notwendigkeit tiefgreifender sozialer Reformen zu überzeugen. Wenn es Frei gelingt, sein vor der Wahl verkündetes Programm durchzuführen, dürfte Chile bald zu einem entscheidenden Stabilisierungsfaktor in Südamerika werden.

Auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sieht das Programm eine Inversion von - in USA Dollar umgerechnet - 610 Millionen für 1965 vor, was eine um 30 Prozent höhere Summe ist als die vorangegangene liberal-konservative Regierung im Jahre 1964 ausgab. Eine Agrarreform soll eine Million Hektar Land in den sechs Regierungsjahren bis zu den nächsten Wahlen dem Landproletariat zuteilen. Bis 1970 soll durch einen Ausbau der Wirtschaft eine Verdoppelung der Exporte erreicht werden. Kulturziele ist der Neubau von Schulen und die Ausbildung von Lehrern zur Beseitigung des Analphabetismus vorgesehen, unter dem gegenwärtig 250 000 Kinder leiden, für die es an Schulen und Lehrpersonal fehlt.

Der christlichsoziale Charakter dieses Reformprogramms konnte die breiten Massen der Kleinbauern und Arbeitnehmer anziehen, weil es bisher nicht gelungen ist, in Chile eine sozialistische oder gewerkschaftliche Einheit zu bilden. Schon bei den Präsidentenwahlen war die "Volksfront" auseinandergebrochen, die Kommunisten und Sozialisten für einen einheitlichen Kandidaten gebildet hatten. Für das Programm und die Kandidaten der christlichsozialen Partei traten eine Reihe von Berufsverbänden ein, die bisher dagegen einen internationalen Zusammenschluss verweigert hatten. Die Agrarreform im Wahlprogramm zog vor allem die indianische Bevölkerung an, der Ende des vorigen Jahrhunderts Staatsgarantien für ihren Landbesitz gegeben worden waren, die nicht immer eingehalten wurden.

International verdient Beachtung, dass die Christliche Gewerkschaftsinternationale vor wenigen Jahren ihre lateinamerikanische Zweigorganisation nach der Hauptstadt Chiles, Santiago, verlegt hatte. Sie unterstützte die Wahl Freis und der christlichsozialen Partei. Für das kulturelle Programm hatten verschiedene katholische Universitäten und Abteilungen Vorbilder durch neue Schulen, auch landwirtschaftlichen und technischen Charakters gegeben, zum Teil mit Unterstützung durch nordamerikanische und internationale Organisationen. - Außenpolitisch dürfte Dr. Frei versuchen, Chile eine Mittlerrolle zwischen Ost und West zuzuweisen; jedenfalls hat die neue Regierung wieder diplomatische Beziehungen zu Moskau aufgenommen.